

# Volks-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Einzel-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Beiblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land fünf durch die Post bezogen monatlich M. 12.00, in den Postgebieten abwärts M. 11.00 monatlich. Die abgesehenen Pausen-Wilhelms-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 1.50, im auswärtsigen Verkehr. Anzeigen-Schluss: Vier Uhr nachmittags.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Neue Dammstraße 1a und Große Braubaustraße 17. Fernsprecher-Gesamtzentrale: Comenius-Nummern 1140 und 1142. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Große Poststraße 2. Druckerei: Halle a. S., Große Poststraße 2. Druckerei: Halle a. S., Große Poststraße 2. Druckerei: Halle a. S., Große Poststraße 2.

# Vertrauensvotum für den Kanzler.

### 248 gegen 81 Stimmen — Die gewünschte parlamentarische Basis für Genau — Winkelzüge der Rechtsradikalen Dr. Stresemann gegen die deutschnationalen Verkennung der nationalen Pflichten.

Berlin, 30. März. (Tel.) Der Reichstag nahm das vom Zentrum eingebrachte Vertrauensvotum mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen an. Der Stimme enthielt sich die Unabhängigen und einige Mitglieder der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Die Verhandlungen des Reichstages dehnten sich am Donnerstag bis in die Nacht hinein. Die Deutschnationalen machten einen neuen Schachzug, um das Vertrauensvotum, das in einem Zentrumsantrage formuliert war und die Zustimmung der Deutschdemokraten, der Deutschen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes und der Mehrheitssozialisten gefunden hatte, in ein Mißtrauensvotum umzumünzen. Der volksparteiliche Führer Dr. Stresemann und der bayerische Bauernbündler wandten sich mit bemerkenswerter Entschiedenheit gegen diesen Versuch und hielten den deutschnationalen Quertreibern vor, daß die Bedeutung der Stunde nicht verstanden. Es gälte, der Regierung für ihr schwere Aufgabe in Genau den nötigen parlamentarischen Rückhalt zu schaffen.

Über die Deutschnationalen blieben taub gegen solche dringenden Mahnungen zur Vernunft. Sie ließen sich weiter von ihrer Gegenrichtung gegen den verhassten Kanzler leiten und beharrten weiter bei ihrer leeren Demagogik. Ihr Antrag fiel mit 60 gegen 302 Stimmen. Dann wurde der Zentrumsantrag, der der Regierung Mißtrauen ausdrückt, mit einer Mehrheit angenommen, die dem Kanzler die verlangte parlamentarische Basis für seine Mission in Genau gibt.

Die Gerichte über eine sich anbahnende Kabinettskrise, wie sie geflüstertlich die rechtsradikale Presse noch gestern verbreitete, sind damit zerfallen.

## Die Partei-Verhandlungen über das Vertrauensvotum.

### Die Basis für Genau.

Nachdem die Deutsche Volkspartei Mittwoch abend ihre fraktionelle „Probeabstimmung“ zum Nachmittage dahin resultiert hatte, daß sie sich bereit erklärte, unter gewissen Umständen für ein formuliertes Vertrauensvotum zu stimmen, fanden Donnerstag vormittag mehrere Besprechungen zwischen den Fraktionsführern und dem Reichskanzler statt. Darüber erzählt unser parlamentarischer Mitarbeiter folgende Einzelheiten:

Die Deutsche Volkspartei hatte ursprünglich folgende Formulierung vorgeschlagen: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung zu den Forderungen der Reparations-Kommission.“ Die Reichsregierung wünschte jedoch eine weitergehende Fassung des Vertrauensvotums, in welcher es heißen sollte: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung zur Note der Reparations-Kommission.“ Schließlich fanden zwischen den Abg. Spahn, Koch und Stresemann in den Mittagsstunden neue Verhandlungen statt, in denen eine Einigung auf eine Formulierung erzielt wurde, die etwa folgendermaßen lautet:

„Der Reichstag erhebt Einspruch gegen die Forderungen der Reparationskommission und billigt danach die Erklärungen der Reichsregierung.“

Für diese Vertrauensformel entschlossen sich die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu stimmen. Die Unabhängigen erklärten sich nach ihrem Fraktionsbeschluss vom Mittwoch der Stimme enthalten zu wollen.

## Reichstag.

198. Sitzung.

Berlin, 30. März.

Am 1 Uhr 20 Min. wird die Sitzung eröffnet. Zur Beratung liegt zunächst ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten, der den

### Kontingentsfragen

der Anwaltschaft und Angestelltenversicherung insofern eine erhöhte Unterstützung zuzuwenden will, als das Gesamtentkommen des Kontingents einer Anwaltschaft oder Altersrente oder eines Ruhe-

geldes jährlich 4900 Mark betragen soll, während die Witwenrente auf 3900, die Beihilfen auf 2000 Mark festgesetzt wird.

Abg. Karsten (U. S.) fordert, daß in allen Fällen Kontingentsanträge auf die Unterstützung gewährt wird und die Frage der Würdigkeit oder Bedürftigkeit außer Betracht bleibt. Auch die Höhe des Zuschusses sei völlig ungenügend.

Im Laufe der Debatte betonte Ministerialdirektor Dr. Ritter, daß die Finanzlage uns zwingt, uns in den Grenzen des Möglichen zu halten. Der Antrag Karsten würde uns 10 Milliarden Mark kosten.

Abg. Karsten (U. S.) bestritt, daß die Höhe dieser Summe zureichend sei.

Der Antrag Karsten wurde abgelehnt und der Antrag aller Parteien in erster und zweiter Lesung angenommen. Die endgültige Regelung in dritter Lesung überließerte an dem Widerspruch des Abgeordneten Karsten.

Präsident Poebbe stellt dies fest mit dem Bemerkten, daß es dadurch unmöglich gemacht werde, dem Anwalts zum 1. April noch Zuswendungen zu gewähren. (Hört! Hört!)

Darauf wird die

## Besprechung der Regierungserklärung

fortgesetzt.

Abg. Dr. Leicht (B. Vp.) behauptet, daß bei unseren Gegnern noch nichts von einem wahren Friedenssinn und dem Wunsche nach einem solchen Wiedererwerb zu spüren sei. Es zeige sich immer wieder der Geist des Hasses. — Wir begrüßen es, daß der Reichskanzler sofort mit den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder Beratung genommen hat und daß sich Einmütigkeit zeigte in der Auffassung über die Unmöglichkeit der Erfüllung der gestellten Forderungen und über den unwürdigen und entehrenden Charakter des Tonnes und der Zumutung des Begehrtschreibens. Redner behauptet, daß diese Einmütigkeit sich nicht im Reichstage gezeigt hat, und polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Frölich über die Befreiung der einzelnen Bundesstaaten. Wo soll denn gepart werden? Etwas durch Streichung der Säuglingsfürsorge oder der neuen Jalousen für Angestellte, Beamte und Arbeiter? Verhängt die Entente noch die Wehnen, die die neue Steuer-Einzugsquelle über unser Land hinweg, so dürfen wir Ruhe und Empörung an den Grenzen Deutschlands nicht halten. Wegen all diesjenigen, die Europas Geschichte lenken, dafür sorgen, daß nicht totaler Frieden und Wiederaufbau Chaos und Untergang das Schicksal Europas werden.

Abg. Dr. Lepp (U. S.) erklärt gegen ein Mißtrauensvotum stimmen zu wollen, und zieht seine Rede aus über die Veränderung in den Anschauungen Stresemanns und Rathenaus gegenüber Rußland.

Abg. Frölich (Komm.) nennt unsere bisherige Erfüllungspolitik eine Auslöschung der deutschen Würdigkeit und insbesondere der Arbeiterkraft. Daran trägt die Sozialdemokratie die Mitschuld. Von Rathenau, diesem reinen Vertreter des internationalen Neutralitäts, fordern wir eine klare Stellungnahme zur deutsch-russischen Politik. Während der fast dreißigjährigen Ausführungen des Abg. Frölich ist ein Antrag Marx (Ztr.) und Genossen eingebracht, der Reichstag solle beschließen:

„Der Reichstag verwahrt sich gegen die in den Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke entgegen gerichteten Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu diesen Noten abgegebenen Erklärungen.“

Ferner liegt das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen vor, in dem dem „Unannehmbar“ der Note zugestimmt, im Übrigen aber der Regierung das Vertrauen verweigert wird, da die Fraktion weder in der Frage der Sicherstellung des deutschen Privatbesitzes im Ausland noch in der Frage der 720 Goldmarken in Bar und der 1450 Millionen in Sachleistungen irgend eine Sicherheit für die Fortsetzung dieser Haltung erkennt. Die Deutschnationalen beantragen ferner, in dem Zentrumsantrag den letzten Satz zu streichen.

Ein weiterer Zusatzantrag der Deutschnationalen zum Zentrumsantrag wendet sich gegen die Angriffe der Reparationskommission auf die Souveränität des Deutschen Reiches und gegen die Deutschland auferlegten Kontributionsleistungen. Die Kommunisten stellen zum deutschnationalen Antrag den Abänderungsantrag, alle übrigen Teile zu streichen und nur zu sagen: Der Reichstag verweigert der Regierung das Vertrauen, dessen sie zur Führung der Geschäfte bedarf.

Abg. Herbst (Dn.) begründet die Anträge seiner Fraktion damit, daß die von ihm erwünschte Klarheit zur Frage der Reparationsleistungen und wegen des Schutzes des privaten Besitzes nicht erfolgt sei.

Abg. Dente (U. S.) betont in der Erklärung seiner Partei, daß diese die gegenwärtig zur Einlösung stehende Ausnahmepolitik der Regierung nicht für den ganzen Linie zwar billige und inebellende den androehenden Eingriff in die deutsche Finanzpolitik und die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft für untragbar halte, daß aber die immerwährende Grundamterhaltung dieser Ausnahmepolitik insbesondere durch das Steuerkompromiß mit der großparteilichsten Deutschen Volkspartei stärksten Widerspruch herausfordere. Seine Partei lehne daher den Miß-

trauensantrag der Deutschnationalen ab, werde sich dagegen gegenüber dem Antrag Marx der Stimme enthalten.

Abg. Stresemann (D. Vp.) behauptet, daß die deutschnationalen Volkspartei in solcher Situation so weittragende Anträge eingereicht habe. Da es nötig sei, hinter das Mein der Regierung eine möglichst breite Front des Reichstages und des deutschen Volkes zu stellen, himme seine Partei dem Antrag zu und lehne alle Abänderungsanträge ab.

Abg. Koenen (Komm.) betont, seine Partei wolle Klarheit, nur durch Vorklärung der Erfüllung auf Kosten der Arbeiter unterstützen wolle, deshalb beantrage sie ein klares Mißtrauensvotum.

Abg. Dr. Lepp lehnt das Mißtrauensvotum ab, da seiner Partei die Beteiligung mit dem Deutschnationalen leid sei.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) begründet die späte Einbringung der deutschnationalen Abänderungsanträge damit, daß der Zentrumsantrag selbst erst kurze Zeit vorliege. Seine Partei lehne in dem Zentrumsantrag weniger ein Vertrauensvotum als die Umgehung eines Mißtrauensvotums. Deshalb wäre bei der bestehenden Unklarheiten eine

### Vertagung

zweckmäßig, um eine Einigung zu finden. Nachdem die Abgeordneten Weis (S.) und Dr. Marx (Z.) alle Abänderungsanträge zum Zentrumsantrag abgelehnt und erklärt haben, daß eine Teilung des Vertrauensvotums nicht möglich sei, spricht sich

Dr. Stresemann (D. Vp.) gegen den Gedanken einer Vertagung aus und bezeichnet den Antrag Marx ebenfalls als unzulässiges Ganges. Der Antrag will der Reichsregierung die Möglichkeit geben, bei außenpolitischen Situationen, die sich vorbereiten, sich auf diese Zustimmung stützen zu können. In diesem Sinne haben wir dem Antrag Marx zustimmen, aber prinzipielle Fragen müssen ausbleiben. Ich bebaue, daß die Deutschnationalen es nicht verstanden, in einem solchen Augenblick ebenso zu handeln. (Lebhaftes Beifall.)

Abg. Leicht (B. Vp.) behauptet, daß man Zwietracht in die Reihen derjenigen Kreise bringen wolle, die dem Ernst der Situation gerecht werden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Unruhe und Protest bei den Deutschnationalen.) Der Ernst der Situation, den ich in meiner Rede geteilt habe und den auch Dr. Stresemann gerecht gemorden ist, verlangt, daß

in solchen Augenblicken, wo es sich um die Entscheidung über Deutschlands Zukunft handelt, wo unser Abordnung nach Genau geht, die Regierung eine Mehrheit bekommt,

die sie dort braucht. (Stürmische Unterbrechungen rechts und Zwischenrufe des Abgeordneten Hefflerich, Jurke der Kommunisten: Schweigen Sie, Verbroder! Die Abg. Rüstler und Hoffmann werden deshalb zur Ordnung gerufen.)

## Die Abstimmung.

Der Antrag der Kommunisten auf ein glattes Mißtrauensvotum findet nicht genügend Unterstützung. Darauf wird über den Antrag der Deutschnationalen abgestimmt. Der Antrag wird mit 312 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Der Abänderungsantrag der Deutschnationalen, den zweiten Satz des Zentrumsantrages zu streichen, wird in namentlicher Abstimmung mit 302 gegen 60 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen gleichfalls abgelehnt. Darauf wird über den Antrag des Zentrums namentlich abgestimmt. Es wird mit 248 gegen 81 Stimmen bei 42 Stimmenthaltungen angenommen.

Damit ist die Besprechung der Regierungserklärung erledigt. Ein Nachtrag wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Nachtrages zur Besatzungsordnung.

Schluß 11 Uhr.

## Vor starker Erhöhung der Postgebühren.

### Eine Ausstellung Giederts.

Der Hauptauschuss des Reichstages begann die Beratung des Reichspostgesetzes. Abg. Delius (Dem.) wies auf die allgemeine Mißlage der Zeitungen hin und erbat Anstalten, ab mit Rücksicht auf die Ausgabe eines neuen Zeitungsartikels unterbleiben würde.

Abg. Taubert (So.) kritisierte die geringe Sicherung des Reichspostgesetzes bei der Post. Im Jahre 1913 habe die Post rund 286 000 Kopie abgesetzt. Im Jahre 1921 hingegen 410 000. Reichspostminister Giederts bemerkt: In dem vorliegenden Entwurf werden fünf Einnahmen und Ausgaben. Zusätzlich sind aber die Grundlagen für die Staatsausführung erheblich erühdert worden. Die Wirtschaftspolitik, die neuen Lohn- und Gehaltsregelungen und die Preissteigerung bei allen lastischen Ausgaben

erfahren ein Mehr von 5 Milliarden. Wir müssen deshalb an eine beträchtliche Erhöhung der Gebührenerheben. Wir werden aber prüfen, welche Gegenstände noch eine Wiederbelastung ertragen. Die hohen Gebührenerheben nicht in dem Maße verheerend wie vielfach vermutet wird. Daneben muß weiter untersucht werden, wo der Betrieb vereinfacht und vereinfacht werden kann. Gehört sind die Anlagen, über einen zu hohen Verwaltungsverband. Der Verwaltungsbereich wird besonders einleitend bei einer Verwaltung, die früher 60-80 Dienstleistungen hatte. Über den diesjährigen Angriffen auf die Polizeikommission muß ich hervorheben, daß die Verordnungen nur durch die treue und hingebende Arbeit aller Angestellten erfüllt werden konnten.

## Die Schiffe von Berlin.

Das Attentat der beiden Jarneleutnants gegen den russischen Kadettenführer Miljutow in der Berliner Pitharmonie zeigt leider wieder einmal, wie wenig von gewissen Ausländern das Gairrecht heilig gehalten wird.

In Deutschland leben jetzt viele Zehntausend landflüchtiger Russen. Das Gairrecht war allezeit im Völkerverein etwas Seltsames, und selbst in den Ländern der Barbarei des herberge man den Flüchtling, der hauptsächlich fremdes Gebiet betrat. Die Russen, die sich gegenwärtig in Deutschland aufhalten, sind zum Teil vor der bolschewistischen Schreckensherrschaft geflohen. Es wäre unemenschlich, sie ihren geschworenen Feinden durch Ausweisung in die Hände zu liefern, und wenn es uns in den Wohnungen und in der Ernährung auch selber am Notwendigsten gebricht, so hat doch noch niemand in Deutschland das häßliche Wort vom lästigen Ausländer auf die russischen Emigranten angewendet. Wir selber sehen tagtäglich die deutschen Rüstler gegen aus Polen und aus anderen Gebieten, und wissen, wie unendlich dankbar während des Krieges die Deutschen gewesen sind, die im neutralen Ausland ein Asyl finden konnten. Aber dem Gairrecht stehen mindestens ebenbürtige Pflichten gegenüber.

Niemand hat etwas dagegen, daß die Russen in Berlin Schulen gründen, die Literatur, das Theater und die bildende Kunst pflegen, und es läßt sich auch nichts dagegen sagen, wenn sie in Zeitungen und Zeitschriften ihre politischen Ideen vertreten. Die Voraussetzung dabei ist, daß sie die deutschen Gesetze aufs peinlichste achten, und nicht das Gairrecht zum Tumultplage ihrer konspirativen Tätigkeit machen. Sie gegen verstoßen die Bolschewisten und die Jaristen.

Die mitteldeutsche Revolution war von russischen Emigranten angezettelt worden, und die Jaristen haben von Deutschland aus gegen die Sowjetregierung konspiriert. Das wird bei uns nicht nur der Frieden und die Ordnung gefährdet, sondern Deutschland erleidet unter Umständen durch solche Taten empfindlichen außenpolitischen Schaden. Es muß daran erwartet werden, daß die deutsche Regierung allen fremden Geheimorganisationen das Vorkaufsrecht ausübt. Es ist bezeichnend, daß die russischen Attentäter von München kamen, wo bekanntlich auch das Zentrum der reaktionären deutschen Verschwörungen ist. Genau wie Skizze von Hirscheit und die Schütz und Tilsen den Revolver zum politischen Kampfmittel erhoben haben, ebenso glauben die beiden Jarneleutnants Mörder spielen zu dürfen. Ihr Anschlag ging freilich fehl. Nicht das ausserliche Opfer, der frühere russische Professor und Außenminister Miljutow wurde von den Schützen erschossen, sondern ein Mann, der etwa politisch zwischen Miljutow und den Jaristen stand, eine vornehme Gelehrtennatur, die dem russischen Adel einstimmte und seiner ganzen Tradition nach mehr rechts als links gerichtet war. Aber es ist bezeichnend für den Geist, der unter den politischen Mörder von heute herrscht, daß die Täter nur ein Bedauern äußerten: den Falschen getroffen zu haben.

Die Schiffe von Berlin sind ein Warnungszeichen an die deutsche Regierung. Sie muß dem Treiben der Krewel, die den politischen Worts und das Recht der Revolution auf ihr Programm geliebten haben, nachprüfen und sie rücksichtslos ausweisen. D aber ist auch streng darauf

## Zwei Aufführungen in München.

In den Münchener Kammerpielen gab es eine Aufführung der Lion Faustwanger'schen Bearbeitung von Calderon's „Frauenerkäufer“. Das Stück wäre, bei einigen Kürzungen, vielleicht ein guter Operntext, dem Wortdrama bleibt die Komödie allerlei schuldig: zunächst eine straffe Führung der Handlung, die ihren Ausgangspunkt völlig verzieht und in ihrem Schwerepunkte schwimmt. Schließlich zeigt sich als Hauptfigur ein unbedeutlich erotischer Ritter, dem Frauen nur solange begehrenswert sind, wie er sie noch nicht ertrungen hat, nichts anderes als die genossene Schöne. In sein Verhör. Er verführt ein edles Fräulein, entführt ein Geschworene, und gerade die Kämpfe zwischen der spanischen Gräfin und den maurischen Mohamedanern loben — jetzt es aus. Das Fräulein wird aus den Händen der Mauren gerettet, findet aber im Hause ihres Ritters ihren Verführer — folgt ihm zum zweiten Male. Diesmal kommt sie nicht loth zum Kaufes von ihm los, d. h. doch leichten Kaufes, da der Edelmann seine Geliebte gern dem Führer der Mauren veräußert. Es gelangt ihr, an ihren Vater einen Hilferuf gelangen zu lassen, das ritterliche Heer zieht gegen die Mauren an und befreit die lothamer bedrohte Dame. Die Königin, die in Granada eingekerkert ist, verurteilt den Frauenerkäufer zum Tode, befreit ihn aber auf Wunsch der Liebenden, die dem trotz allem Geschickten in die Verbannung folgt. Dieser Zug ist unverständlich. Hier hätte der Bearbeiter Furchtwanger einleiten müssen, wenn es ihm daran gelegen war, das (sehr, sehr schwache!) Calderon'sche Stück dem Gefühl und Geschmack von heute anzupassen. So aber — bleibt es unverständlich, daß die Dame den Mauren fürchten, der sich sehr ritterlich zu ihr benimmt, abblühen läßt, während sie sich von dem Ritter um Leib und Ehre betrügen läßt. Und auch die Figuren des Stückes sind flach und — letzten Endes — uninteressant. Die Ausnahme bildet die tolle Schöne Frau, die von Arnold Warde (sogar) und hart umfassen hergeleitet wurde; die Figur des Rittersdieners, der gleichfalls verurteilt wird, lobt er seinen Herrn gleichgültig zu werden droht. Die Aufführung war sonst recht lebhaft, zumal im letzten Bilde, auf dem der flache und tiefe Klang alter Kirchenfenster lag. Die Darstellung hatte es

zu achten, daß zwischen den reaktionären deutschen Organisationen und ihren russischen Geistesverwandten nicht ein Spiel à deux mals getrieben wird.

Vermuthlich wird das Berliner Attentat seine Wirkung auch für manches andere Land haben. Man weiß, daß gegenwärtig in Jugoslawien die gegenrevolutionäre Armee des Generals Wangelisch zu rekonstruieren sucht. Ein besonderer Heiß der russischen Reaktion ist auch Prag. Gerade Miljutow ist es gewesen, der zuerst den Gedanken einer bewaffneten Intervention gegen das bolschewistische Rußland am schärfsten bekämpft hat. Es ist auch richtig, anzunehmen, daß die Anhänger einer solchen Intervention deutschfeindlich wären. Sie lassen sich die Hilfe ihrer deutschen Gefinnungsgenossen gefallen, im übrigen aber meinen sie, daß die Gelbgeber und Gönner der russischen Gegenrevolution Franzosen sind. Die Jaristen setzen sich zum Teil lebhaft aus den vertriebenen Angehörigen der Grundbesitzerklasse zusammen, und die flüchtigen Köpfe des bürgerlichen Rußland haben längst begriffen, daß man das Rußland der Großgrundbesitzer nicht wieder errichten kann. Das hat besonders Miljutow eingesehen, und auch der gestorbene Nabokow hielt die Rekonstruktion des alten Rußland für unmöglich. Die Bauernschaft wird freiwillig das Land nicht wieder hergeben, und das Rußland zu achtzig Prozent ein Bauernland ist, wird jede politische Richtung vom Scheitern verurteilt sein, die den Bauern das Land wieder nehmen will. Das kommende Rußland wird demokratisch sein und sich auf die freien Massen der Bauern stützen müssen. Die Gefinnungsgenossenschaft der deutschen Rüstler mit ihren russischen Gefinnungsgenossen schadet darum uns mehr als sie uns jemals nützen könnte. Es gibt nicht nur für die deutsche Regierung, sondern auch für gewisse deutsche Parteien aus dem traurigen Vorfalle in der Berliner Pitharmonie allerlei zu lernen.

## Schutzmaßnahmen für die durchreisenden Genua-Delegationen.

In einer auf Anregung des Auswärtigen Amtes in Berlin abgehaltenen Besprechung, an der Vertreter sämtlicher beteiligter Ressorts teilnahmen, wurden besondere Maßnahmen zum Schutze der demnächst durchreisenden fremden Delegationen für die Genuaer Konferenz, insbesondere auch im Hinblick auf das Attentat in der Pitharmonie, beschlossen.

## Russische Emigrantenerstufungen in Warschau.

Warschau, 30. März. Die hiesige Polizei hat 17 russische Emigranten verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß die Verhafteten Mitglieder eines monarchistischen Verbandes sind, dessen Zentrale sich in Berlin befindet. Unter den Verhafteten befinden sich die Generale Nowikow und Diawow. Ein Teil der Verhafteten ist aus Polen ausgewiesen und nach Danzig gebracht worden.

## Zum Schutze der Russen in Genua.

Die Times berichten aus Genua, daß die bolschewistischen Delegierten aus Gründen der Sicherheit nicht, wie geplant war, in Kapallo, sondern in Genua untergebracht werden wollen. Der Korrespondent des Blattes berichtet dazu, Kapallo sei im Gegenteil sicherer als Genua. Die Bolschewisten würden sich daran tun, in Kapallo zu bleiben, wo sie im Hotel Imperial wohnen würden und von 200 berittenen Carabinieri unter dem Befehl eines Majors und von einer Kompanie Militärpolizei geschützt werden sollen.

## Kommunistische Hofnungen.

Anrufer im bayerischen Gefängnis.

Straßenrat Dr. Meyer vor dem Reichsamt für den öffentlichen Gesundheitswesen machte bei der Beratung des Justizrats die Mitteilung, daß sich in Nieder-Sachsen nach den Berichten der letzten Tage unter

sehr schwer, auch Zehnhammers Kunst konnte mit dem Ritter nur wenig anfangen. Zrl. Bergner war in der Rolle des Wädchens so lange zührend, wie diese Figur noch Anteilnahme verdient. Zrl. Jacoben spielte eine andere Geliebte des Ritters mit starker Temperament und trefflicher Sprachtechnik. Aus den Wännertönen konnten auch Künstler der Sprache der Sch und Schred wenig machen. Das Publikum spendete freundschaftlich Applaus, den Zehnhammer sich am Ende bedankte. Er hat im übrigen das Verdienst einer sprachlich guten und flüssigen Einkleidung.

Im „Reisendentheater“ gelangte „Improvisationen in Xun“ von Max Meyer zur Aufführung. Diese Komödie ist ein Geringfügiges, das aufzuführen läßt. Es zeigt einen Mann von Geistesart, Sumor, Einfällen und scharfem satirischen Gesichtsinn. Ihm fehlt fürs erste noch der große dramatische Schwung, der überlegenen Gestaltung. Einige seiner Motive finden sich bei Georg Kaiser. Auch der läßt Wärdersätze das Geld verachten und Idealisten Millionensüchtigen zurückweisen. Woher Stück zeigt die Ueberwindung des Geldes durch das Herz, der Schwere durch den Geist, des Materialismus durch den Idealismus. Ein junger Adeliger, der aus allen Wölfen einen Wolf gezeugt hat und von einem Ritzien zum Tierwärter seines Gutes gemacht und dem Arm der Justiz entzogen worden ist, hat den Wunsch der großen Freiheit erfüllt, als viele ihm geboten. Er zu erfüllen. Dieser Doppelte — und doppelt edle — Mörder wird von dem Sohne des neuen Gefängnisleiters, eines amerikanischen Geldmehlers, gerettet. Die Freiheit wird ihm ermöglicht. Das Geld aber, das der junge Mann ihm bietet, nimmt der Tierwärter nicht mit, um den Wärdersätze an die Reinheit seiner Motive auch weiterhin glauben zu lassen. Mit dem Mörder aber geht Olga, die Tochter des reisenden Improvisators, Olga, die dem — wie es heißt — gemästerten Nabokow's verheiratet werden sollte, aber auch ihrerseits ihm die Gemüths hat, daß es auf der Welt Dinge gäbe, die dem Gelde nicht erreichbar seien. Jurid aber bleiben der Willkür, der keine Weltanerkennung manfen läßt, der von seiner Schwermut getriebene Schah, der sie bestrafen sieht und der — Improvisator, Olons Vater, der Klüßliche, der ihn getragen glaubt. Diese Komödie entwickelt sich in drei Akten, d. h. eigentlich nur in zweien, da der erste, mit den anderen nur loie ver-

den Gelungenen wieder Ursache sei. Man hofft auf die baldige Errichtung der Sowjetrepublik, und einer der Kandidaten, vom April 1919 habe schon das Reichssozial-Büro in München als Sitz der Sowjetregierung in Aussicht genommen. Zwei Hilfsaufseher von Nieder-Sachsen wurden wegen Verdrachens der Reichsleitung und wegen Durchbrechens der Reichsleitung und wegen Durchbrechens der Reichsleitung in Untersuchung genommen.

## Um das Umlageverfahren.

Landtag, Berlin, 30. März. Die Sitzung wurde um 12 Uhr 25 Min. nachmittags eröffnet. Die zweite Beratung des Landwirtschafstatts wird fortgesetzt. Abg. Weltermann (Dem.) weist die vom Abg. Schütz-Neußlin gegen die Landwirte erhobenen Vorwürfe zurück. Die Landwirtschaf hat kein Interesse daran, im Umlageverfahren für Berliner, Hamburg oder Frankfurt Höchstpreise billiges Getreide zu liefern. Das bisherige Umlageverfahren kann nicht aufrecht erhalten werden. Die Landwirte müssen aus der Zwangs-wirtschaft befreit werden.

Abg. Graf (Ztr) äußert sich in ähnlichem Sinne, hält allerdings eine völlige freie Wirtschaft für bedenklich.

Die Abg. Jürgensen (Soz.) und Hartwig (Z) machen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die nächste Pflicht und Kartellgesetzgebung verantwortlich.

Abg. Metzger (Fol.) verliest eine Protestfession über seine Fraktion gegen abschließliche Bemerkungen des Ministers über den Reichslandtag, worauf

Minister Dr. Wendorf antwortet: Der Landtag habe den Preisstreik angefordert durch die Einführung, er werde gegen die Getreidemenge mit allen Mitteln kämpfen.

Die Deutschnationalen protestieren mit enttäuschten Zurufen gegen die Auslegung, die der Minister dem Telegramm des Landtags gegeben habe.

Abg. Langbe (Dn.) fragt über zu harten sozialistischen Einfluß im Ministerium.

Der Minister verlas dann aus dem Verhandlungsprotokoll des Reichslandtags Stellen, in denen der Preisstreik als Kampfmittel gegen die Regierung genannt wird. Daran schließt sich ein Streit zwischen den Sozialisten und Deutschnationalen über die Frage, ob die Landwirte das Getreide in ausgedehnter Weise zurückgeben dürfen.

Die Beratung wird hierauf unterbrochen durch die früher zurückgehaltene Mitteilung zum Handels- und Forstzeit. Dabei wurde die Aufschlüsselung angenommen, worauf sich das Haus am Freitag 12 Uhr mittags verläßt (Interpellationen über die Besetzung der fünf Reichsämter).

## Die neue Befeldungsordnung.

Im Hauptauschuss des Reichstages wurde am 29. März zunächst die Neuelle zum Pensionierungsgesetz verabschiedet. Sie gewährt den im Ruhestand befindlichen Reichsbeamten, wie es bereits in Preußen und Bayern geschieht, rückwirkend vom 1. Oktober 1921 ab, die vollen, den aktiven Beamten zuteilenden Teuerungszuschläge.

Darauf erstattete der Demokrat Delius einen eingehenden Bericht über die Beratungen des in der vorigen Sitzung eingeleiteten Interaktionsausschusses, der sich über die von den verschiedenen Seiten gestellten Wänderungsanträge zur Ergänzung des Befeldungsgesetzes geäußert haben sollte. Die Beschlüsse des Interaktionsausschusses gehen dahin, daß bei Gruppe 7 die Aufschlüsselung vorgezogen und das Endgehalt um 1000 Mark erhöht wird. Bei der Befeldung der Ortszuschläge soll an Stelle der Zahl: 22.900 die Zahl: 21.900 und an Stelle der Zahl: 30.060 die Zahl: 27.400 gewählt werden, eine Verringerung, durch die ein Teil der mittleren Beamten in eine höhere Ortszuschlagklasse gelangt. Bei den Kinderzulagen wurde festgesetzt, daß die jetzt geltenden Sätze um 50 Mark, d. h. also auf 200, bzw. 250, bzw. 300 Mark erhöht werden. Der Frauenschlag soll über den Regierungsvorschlag von 1000 Mark auf 2500 Mark erhöht werden und auch ein Witwer gewählt werden, wenn sie für den vollen Unterhalt vorzugsberechtigter Kinder aufkommen müssen.

Diesen Vorschlägen stimmte die Regierung zu, sie wurden dann einstimmig angenommen. Dagegen erhob die Regierung Widerspruch gegen die von dem Interaktionsausschuss beschlossene Erhöhung der Teuerungszuschläge. Nach diesem

## Parfüme aus Kampfgasen.

(Amerikanische Erfindung: Kampfgase in Kosmetikaform zu verwandeln)

Was eheben ein Kampfgas war, Das trägt die Dady jetzt im Haar, Im Lauchen und am Kleiderfuß Als sogenannten Wohlgeruch.

Doch hört man, daß ein Frontsoldat, Der so etwas gerochen hat, Höchst unerwartlich durch die Nase pfliff: „Dann lieber gleich ein Gasangriff!“

Wir aber sind davon gerührt Und fragen höchst interessiert: Wird jeder Stunk aus Kriegsgasgeil Gewandelt jetzt zu Rosenweil?

Wird, was erlogen und gehest, Zu ebtem Blumendufte leht? Deroret, daß lag es ungeschminkt — Wert ist, daß alles ungeschminkt . . .

Richard Riedl



Wesentlich sollen sie, soweit die Besätze den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigen, 70 p. H., im übrigen 35 p. H., betragen. Der Ministerialdirektor Schlieben erklärte, daß die Regierung darauf aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht eingehen könne. Daran könne die ganze Neuregelung scheitern. Der Demokrat Wachsmuth wollte die Frage auch noch finanziellen und staatspolitischen Standpunkte aus betrachtet leben; für die Ausgaben, die leicht bestritten würden, sollte auch Befugnis geschaffen werden. Es wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der bei Besätzen von 10 000 Mark 60 p. H., im übrigen 30 p. H., an Steuerungszulagen vorzieht.

Eine längere Ansprache entpinn sich dann über die sogenannten Arbeitsbeschäftigten (Ueber-Steuerungsbeihilfen) und die Befugniszulagen. Eine Entschließung des Zentrums forderte die Gewährleistung der Befugniszulagen in voller Höhe. Der Demokrat Dellus stimmte zu. Er wies darauf hin, daß das Zentrum, was Arbeitsbeschäftigten, wie er vorausgesetzt habe, katastrophal gewirkt habe. Der jetzige Vorschlag zu ihrer Befugnis sei völlig unbrauchbar. Wenn man sie überhaupt gewähren wolle, müßte, um sie einigermaßen erträglich zu machen, ein Steuerungsmaßstab für ganze Wirtschaftskreise gefunden werden. Er wendete sich dann gegen einen Antrag der Unabhängigen, der die Wirtschaftsklassen vorzuziehen wollte und gegen einen solchen der Demokratischen, die für die die nächsten Wirtschaftsklassen forderte, weil über diese Frage die Beratungen des Besatzenausschusses noch nicht abgeschlossen seien.

Zu der Novelle zum Befugnisgesetz waren hunderte von Petitionen eingegangen, sie wurden durch die Annahme des Gesetzesentwurfes als erledigt erklärt.

## Deutsches Reich.

### Sitzung des Reichstages.

Wie die „Dona“ erzählt, hat heute vormittag 10 Uhr der Reichstagspräsident im Geschäftssaal des Reichstages in Berlin eine öffentliche Sitzung ab. Gegenstand der Beratung ist insbesondere die in letzter Zeit verfallene Kohlenpreispolitik und die Genehmigung der neuen Sanitätsverträge von Rheinland-Westfalen, Niederelben und Sachsen. Am 1. März, vormittag 10 Uhr, hielt der Reichswirtschaftsminister im Reichstagsgebäude für Kohlenbergbau ebendort eine öffentliche Sitzung ab. Aus der Tagesordnung dieser Ausschüßung liegen hervorgehoben ein Referat über Drudulieferung in Kohlenbergbau und das Referat des Geh. Oberbergrats Bernhardt zum Reichstags-Handelsministerium über Wege und Ziele der Einführung Bergbauvertragsbeamter.

Im Bildungsausschusse des Reichstages machte ein Vertreter des Zentrums bei der weiteren Beratung des Reichsschulgesetzes erneut einen Vorstoß gegen das in der Verfassung verankerte Schulkompromiß über die Gemeindefiskalität. Der Kampf um die konstitutionelle Schule werde vielleicht, so führte er aus, zu einem Volkserwachen führen, der kaum in seiner Entschiedenheit den Wünschen der Linken entsprechen würde.

Die Kosten der Suche nach den Erzberger-Mördern. Am „Deutschen Abendblatt“ vom 18. März wird behauptet, die Kosten des Ermittlungsverfahrens gegen die Mörder Erzbergers erreichten bereits annähernd 200 Millionen Mark. Demgegenüber ist festzustellen, daß die bisherigen Kosten zur Aufklärung der Tat, zur Verfolgung der Mörder und anderer verdächtiger Personen, zur Vornahme einzelner Verhaftungen, sowie sämtliche Reisekosten aller in der Sache tätig gewesenen Beamten bis heute noch nicht 400 000 Mark betragen.

## Von Nahe und Fern

### Zos von Thüringen.

Schaffau. „Zos von Thüringen“, so lautet die Parole, die hier in einer schrecklich bekannten Volksversammlung ausgesprochen wurde. Daß die Abweisung gegen die hinterlistige thüringische Regierung und die Hinneigung zu den thüringischen Stammesbrüdern in unserer Gegend eine sehr große ist, war ja bekannt. Nicht erwarret aber hatte man, daß die ganze Volksammlung sich einheitlich zum Anschluß an Bayern bestimmen würde, wie dies tatsächlich geschah. Die Volksbewegung ist nun im Gange und soll tatkräftig von einem hierzu gewählten Ausschusse betrieben werden.

Auch in Sonneberg sind gleichlaufende Bestrebungen in die Wege geleitet, während sie im Kreise Hildburghausen ja schon länger bestehen.

### Verhaftung eines Postwegenträbers.

Auf dem Bahnhof Wittenberge wurde im Vorlauf ein 23jähriger junger Mann verhaftet, der die Diebstahlthat eines Schafwägers trug. Aufstehend war das viele Gesicht, das dieser „Schafwäger“ mit sich führte. Die angelegten Ermittlungen ergaben, daß man einen guten Mann gemadit hatte. Der Verhaftete nannte sich Richard Richter und gab an, sich von Beruf zu seiner Zeit in die Straßen Berlin-Waldow, Berlin-Stendal und Magdeburg-Wittenberge beizugehen, um die Post- und Güterwagen zu besorgen. Mit Hilfe seiner Verkleidung als Schafwäger war ihm dies eine Leichtigkeit. In der Nacht zum 13. März fuhr er mit einem Zuge von Magdeburg nach Wittenberge. Zwölfen Stenbal und Schafwäger lag er in den dortigen Kompartimenten und hielt einen grünen Post-Kaufmann. Unter Deckung hatte er das Post, das ihm beim Verlassen des Wagens während der Fahrt seine Beute entfiel, die am Bahnhof später von einem Bahnwärter gefunden wurde. Zum zweiten Male fuhr Richter bei der anschließenden Fahrt in den Vorzugswagen, um auf neue etwa 30 Paar Schuhe zu kaufen. Nach dieser Tat erfolgte dann seine Verhaftung im Vorlauf des Bahnhofs Wittenberge. Man fand bei dem Verhafteten modernes Einbrechwerkzeug.

Der Verdacht, daß Richter keinen Namen fälschlich führe und die Vermutung, daß der Verhaftete Mitglied einer Berliner Verbrecherbande sei, bestätigte sich. In der Verbrecherbande, wo die Diebes- und Unterdrückung gefunden hatte, wurden zwei weitere Mitglieder der Bande festgenommen. Das Versteck an der ganzen Sache ist, daß alle drei Verhafteten anachen, der Koch Richard Richter zu sein, sonst aber keine weitere weitere führen.

Wettin. (Münchener Fund.) In einem dem Gutsbesitzer Haack in Jaldowitz gehörigen Hause wurden zurzeit größere Reparaturarbeiten ausgeführt. Beim Wiederziehen einer Mauer wurde eine Mühle mit einer größeren Anzahl Geldstücke aus der Zeit Friedrich des Großen vorgefunden. Nebenfalls ist die Mühle zur Zeit des Stiehljährigen Krieges vermauert worden.

Eilenburg. (Der hier am 22. Februar entsprungene neue Arbeiter-Kaufmann) wurde Mittwoch nachmittag von dem Polizeikommissar Ungewiß in Leipzig in der Nähe des Eilenburger Bahnhofes festgenommen. Es war von verschiedenen Seiten gemeldet worden, daß Unwast in Leipzig an den Bahnhöfen gesehen worden sei; dieser Fingerzeig führte dann zu der Verhaftung. Nach eigenen Angaben hat Unwast sich nach der Flucht in Wittenburg, Magdeburg und Leipzig aufgehalten; er trug bei seiner Verhaftung einen Wit-Körper auf den Namen „Maurer Fritz Wastler, geb. 1. März 1898 in Frankenberg“, bei sich, den er in Magdeburg von einem Unbekannten gekauft haben will. Mit Hilfe dieses Papiers verhoffte er sich in Leipzig Stellung als Hausdiener im „Burgkeller“.

Mädchereisen. (Theaterunterstützung.) Der Magistrat hat beschlossen, das städtische Orchester mit jährlich 50 000 Mk. (bisher 20 000 Mk.) und das Theater ebenfalls mit 50 000 Mk. (bisher 25 000 Mk.) zu unterstützen. Es soll der Zerfall des

Orchesters durch Vornahme von in die Parole verkehrt und ein rechtliches Zulassen des Theaters gewährleistet werden. Es soll für das Theater auf der neuen Gewandlage Theatergesellschaft — Theatergemeinschaft geworben werden. In der vergangenen Spielzeit gab die Bernburger Theatergesellschaft hier Vorstellungen.

## Plus aller Welt

Das Ende eines sozialistischen Baubetriebes. In Bamberg war im Jahre 1919 unter dem Einfluß der Sozialistischen Bewegung der sozialistische Baubetrieb „Gemeinnutz“ gegründet worden. Die Stadt übernahm eine Garantie für 150 000 Mark zum Erwerb einer Baugelände, um nun begann das Unternehmen, Bauarbeiten in eigener Regie und unter Ausschlagung jedes Privatunternehmens auszuführen. Es erhielt Aufträge von der Bahnhofsstation, sowie vom städtischen Tiefbauamt eine größere Kanalisationsarbeit. Hier aber verpöbelte man sich bereits und verlor an Holzmaterial und den Schachteleien viel Geld. Seitdem war dem Unternehmen das Glück abhandeln. Der letzte Leiter, Anton Schumann, hat nunmehr das Geschäft auf eigene Rechnung übernommen und betreibt es seit dem 1. Januar 1922 als Privatunternehmer. So hat auch dieser sozialistische Baubetrieb, wie vor ihm so viele ähnliche sozialistische Unternehmungen, wieder im verhassten Privatkapitalismus sein Ende gefunden.

Anfolge der neuen Verfassung hat sich ein neuer Krater gebildet, aus dem fortwährend glühende Massen ausgeworfen werden.

Doppelheft des hiesigen „Lichters“. Das Heft wird gemeldet, daß man dort Vorbereitungen für die Hochzeit des Kaisers trifft. Er heiratet gleich zwei Bräute, eine Enkelin des verstorbenen Generals Fildner-Sohn, der unter dem Namen des Gouverneurs von Rinn war, und eine Tochter des Grafen, eines Ministers des alten Regimes.

Einstellung des Straßenbahnverkehrs in Celle. Die Straßenbahn in Celle wird ihren Betrieb am 1. Mai wegen Unrentabilität einstellen.

### Fachlicher Witterungsbericht.

	30. März 7 Uhr morgens	30. März 9 Uhr abends
Barometer Mitt-meter	748,8	747,5
Thermometer Celsius	-2,5	+1,1
Rel. Feuchtigkeit %	81%	79%
Wind	SB 1	SB 2
Morgens um 7 Uhr Temperatur am 30. März +3,9 C.		
Minimum in der Nacht vom 29. März zum 30. März = -3,3 C.		
Niederschlag am 30. März 7 Uhr morgens 0,9 mm		
Höhe der Schneedecke am 30.3 1,8 cm.		

Genium, Verlag und Druck: Eagle-Verlagsgesellschaft m. b. H. Halle a. S., Ullrichstraße. Eugen Brinkmann, Verlagsbuchhändler, für Politik und Volkswirtschaft; Eugen Brinkmann, Verlagsbuchhändler, für Kunst und Wissenschaft; für den lokalen und allgemeinen Teil: Dr. Kurt Becker, für Sport: Curt Grottel, für den Schulbereich: Max H. Kirsch. Für den Anzeigenenteil verantwortlich: Kurt Krieger, sämtlich in Halle.

## Radfahrer-Schläuche billigst!

Spezialgeschäft H. Bieder, Gr. Steinstraße 35, gegenüber Klinik.

# Auch in teuren Zeiten

sind wir mit unseren bewährten

# Qualitätswaren billig!

## Gardinen

- Tüllgardinen Stückware . . . Meter **16<sup>00</sup>**
- Tüllgardinen abgepasste Fenster 2 Schals **48<sup>00</sup>**
- Künstler-Garnituren 3 teilig Garnitur **95<sup>00</sup>**
- Scheiben-Gardinen abgepasst Stück **7<sup>50</sup>**

## Die neuen Mäntel

- versch. elegante Formen in der mod. Schlup'art, aus hellen neuen Stoffen in engl. Geschmack und Cover-coat-Stoffen
- Stück **375<sup>00</sup>**
  - Stück **550<sup>00</sup>**
  - Stück **675<sup>00</sup>**
  - Stück **790<sup>00</sup>**
  - Stück **985<sup>00</sup>**
  - Stück **1150<sup>00</sup>**

## Kleiderstoffe

- Blusenflanell neue Streifen . . . Meter **27<sup>00</sup>**
- Kostumstoffe Breite 110 cm. im englischen Geschm. Meter **57<sup>00</sup>**
- Cheviots Breite 150 cm. für Mäntel und Straßenkleider . . . Meter **120<sup>00</sup>**
- Kleiderfoulés in allen mod. Farben Meter **118<sup>75</sup>**

## Damen- und Kinder-Hüte

- Sport-Hüte mit Band-Garnitur Stück 65.00 48.50 **27<sup>50</sup>**
- Boleros jugendliche Form mit Blumen reizend garniert . . . Stück 95.00 75.00 **57<sup>50</sup>**
- Jugendl. Glocken mit Band und Blumen garn. St. 150. 110.00 **75<sup>00</sup>**
- Frauen-Hüte kleidsame Formen, geschmeckvoll garniert Stück 1.50.00 95.00 **65<sup>00</sup>**
- Tüll-Hüte leiche Formen mit modernen Garnituren Stück 275.00 225.00 **175<sup>00</sup>**
- Eleq. Hüte schicke Modellformen beste Verarbeitung Stück 485.00 350.00 **225<sup>00</sup>**
- Leder-Hüte echt u. Imitation, in vielen Farben und Formen Stück 295.00 150.00 **95<sup>00</sup>**
- Kinder-Hüte Matrosenform, mit Bandgarnitur Stück 58.50 49.50 **27<sup>50</sup>**
- Mädchen-Glocken niedl. Form, mit Garnitur St. 65.00 32.50 **18<sup>50</sup>**

### Geschäftshaus

# J. LEWIN.

- Lack-Gürtel in allen Farben Stück 9.75 5.00 **1<sup>95</sup>**
- Matrosen-Kragen aus prima Stoffen Stück 18.50 12.00 **6<sup>90</sup>**

- Fiskus-Kragen mit Fillet-Spitzen od. Motiven verziert Stück 45.00 36.00 **21<sup>00</sup>**
- Jabots m. Kragen aus Tüll oder Batist Stück 24.50 18.00 **6<sup>71</sup>**

